

E 17-NR/XXII. GP

Entschließung

des Nationalrates vom 9. Juli 2003

betreffend europäische Regelung der Transitproblematik

Die Bundesregierung wird ersucht, Maßnahmen, die in der Zeit vor dem Inkrafttreten einer neuen EU-Wegekostenrichtlinie von den betroffenen Ländern zur Reduzierung schädlicher Auswirkungen des Verkehrs in ökosensiblen Zonen wie beispielsweise Alpentälern ergriffen werden, soweit sie sinnvoll und rechtlich möglich sind, bestmöglich zu unterstützen.